

Stellungnahme zur Engagementstrategie des Bundes

Datum:	08.06.2023
Organisation/Verband:	Bündnis F5 https://buendnis-f5.de/
Engagementbereich:	Digitalpolitische Zivilgesellschaft

Thema 1 Anerkennung und Wertschätzung sowie Förderung

Zentrale Erkenntnis: Digitale Ehrenamtsformen erhalten im Vergleich zum traditionellen Ehrenamt zu wenig Aufmerksamkeit, Anerkennung und politische Unterstützung. Das derzeit vorherrschende Modell der Projektfinanzierungen wird den Bedarfen ehrenamtlicher Strukturen und digital Engagierten nicht gerecht.

Empfehlung 1: Es braucht mehr Angebote und Fördermöglichkeiten für Schulungen zur fachlichen Weiterbildung (Software, Hardware, etc.) sowie über Engagement-spezifische Themen, beispielsweise Burnout-Prävention, Teamwork, Projektmanagement.

Empfehlung 2: Es braucht eine Förderung für Ausrüstung (analog zur Bereitstellung von Schutzkleidung für Rettungshelfende). Ausrüstung enthält hier beispielsweise Hardware und Software sowie den Betrieb von Servern bzw. die niedrighschwellige Möglichkeit, Serverkapazitäten anzumieten. Hierbei sollte in Betracht gezogen werden, Angebote mit umfassendem Service für das Hosting, Aktualisierungen, Fehlerbehebung zu konzipieren, so dass Ehrenamtliche keine eigenen Kapazitäten für die IT-Administration benötigen.

Empfehlung 3: Bei der Bereitstellung von niedrighschwelligem finanziellen Förderinstrumenten für Einzelpersonen können die Erkenntnisse des „Prototype Fund“ (<https://prototypefund.de/>) genutzt werden, der seit 2016 über BMBF und DLR Finanzmittel an Einzelpersonen für die Entwicklung von Open-Source-Softwareprototypen vergibt.

Empfehlung 4: Mehr Strukturförderung als Projektförderung – beispielsweise durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, die von Ehrenamtlichen selbstbestimmt bespielt werden können. Es gibt nur wenige Orte, an denen sich digital Ehrenamtliche treffen können. Denn auch für ihre Arbeit ist der persönliche Austausch unerlässlich. Ein Beispiel sind die von Wikimedia

geförderten Lokalen Räume für Ehrenamts-Communities, aber auch die speziell in Deutschland ausgeprägte Hack- und Makerspace Kultur. Auch Bibliotheken und andere öffentliche Einrichtungen sind denkbar, falls sie einen selbstbestimmten Zugang auch in den späten Abendstunden ermöglichen, denn diese Zeiten sind die Primetime für das Ehrenamt.

Thema 2 Wissenstransfer und Technikfolgenabschätzung durch zivilgesellschaftliche Expert:innen

Zentrale Erkenntnis: Die Engagementstrategie sollte nicht nur Maßnahmen für den Engagementsektor entwickeln, sondern auch Expertise aus dem Engagementsektor für gesellschaftspolitische Fragen nutzen. Viele zivilgesellschaftliche Akteur:innen haben ein ausgeprägtes technisches Fachwissen und können Soft- und Hardware dahingehend überprüfen, dass sie auch tatsächlich das – und nur das – tun, was sie tun soll. Dieser Austausch muss sich an den Bedürfnissen der Ehrenamtlichen orientieren, insbesondere was die zeitliche Verfügbarkeit angeht.

Empfehlung 1: Expert:innen der digitalen Zivilgesellschaft sollten bei Fragen zum Einsatz neuer Technologien einbezogen werden. Kriterien wie Barrierefreiheit, Datenschutz, offener Quellcode und eine eng abgesteckte Zieldefinition unter Beteiligung der Betroffenen können die Akzeptanz von bestimmten Technologien erhöhen. Hierdurch wird wiederum ihr Einsatz wahrscheinlicher und damit auch ihr angestrebter Nutzen. Und am wichtigsten: Es stärkt das Vertrauen zwischen Staat und Bürger:innen.

Empfehlung 2: Der Wissenstransfer aus dem Digitalen Ehrenamt vor allem in staatliche Strukturen sollte über klassische Anhörungen hinaus zu einer aufsuchenden Beteiligung mit systematischer Dokumentation entwickelt werden. Es bedarf der notwendigen Ressourcen, diese Erkenntnisse zu dokumentieren und damit für Technikfolgenabschätzungen und die Planung von Digitalprojekten nachzuhalten.

Thema 3 Civic Tech als Demokratie-Infrastruktur anerkennen

Zentrale Erkenntnis: Engagierte entwickeln Anwendungen zur Gestaltung demokratischer Prozesse, zum Informations- oder Meinungsaustausch: Sie visualisieren Haushaltsdaten, schreiben Wikipedia-Einträge, übersetzen Gesetze in einfache Sprache und zeigen auf, wohin EU-Agrarsubventionen fließen. Viele dieser Tools nutzen staatliche Informationen. Viele von uns nutzen fast täglich solche Tools. Die Engagierten fühlen sich aber oft allein gelassen mit diesen Tools. Die Tools brechen weg, wenn sich das individuelle Engagement ändert.

Empfehlung 1: Viele der Werkzeuge sind als Demonstration gedacht, wie der Staat selbst seine Informationen in viel besser nutzbarer Form aufbereiten und veröffentlichen könnte – mit dem Ziel, dass der Staat dies künftig auch selbst tut. Es bedarf wirksamer Wege, wie diese Demonstratoren – die meist als Freie Software direkt wiederverwendet werden könnten – vom Staat selbst übernommen und betrieben werden, wo dies sinnvoll ist. Somit kann diese Demokratie-Infrastruktur wieder Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden.

Empfehlung 2: Wünschenswert wäre ein Austausch mit dem BMFSFJ über solche Civic Tech Tool und deren Mehrwert für die Demokratie, z.B. in Form einer festen Ansprechperson oder eines regelmäßigen *Civic Tech Day* im Ministerium.

Empfehlung 3: Es braucht mehr offene Daten, um die Ehrenamtlichen zu ermächtigen, gute Ideen zu entwickeln und Anwendungen zu bauen. Um zu mehr offenen Daten zu kommen, brauchen wir ein progressives Transparenzgesetz des Bundes, nach dem Informationen und offene Daten proaktiv von staatlichen Stellen veröffentlicht werden müssen. Inhalte, die aus öffentlichen Geldern finanziert wurden, sollten grundsätzlich frei verfügbar und frei verwendbar sein, gemäß des Grundsatzes „Öffentliches Geld, öffentliches Gut“.

Thema 4 Demokratieförderung braucht die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

Zentrale Erkenntnis: Das dringend reformbedürftige Gemeinnützigkeitsrecht hemmt die Entwicklung einer politisch aktiveren Zivilgesellschaft und ihre demokratische Wirksamkeit. Politische Betätigung und die Einmischung in öffentliche Debatten werden als schädlich für die Gemeinnützigkeit angesehen und als möglichst einzuschränkende Ausnahme behandelt. Auch das Engagement für freie Infrastrukturen und gemeinwohlorientierte Software sollte als gemeinnützig anerkannt werden.

Empfehlung 1: Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für ihre Satzungszwecke politisch engagieren, brauchen Rechtssicherheit. Die Klarstellung, dass gemeinnützige Zwecke auch durch die Mitwirkung an der politischen Willensbildung und der Bildung der öffentlichen Meinung verfolgt werden können, trägt zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe bei und gewährleistet somit eine breitere Beteiligung.

Empfehlung 2: Der Zweckekatalog des § 52 Absatz 2 AO sollte durch die Aufnahme dringend gebotener Zwecke ergänzt werden, u.a. die Förderung der nationalen und internationalen Grund- und Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und der Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Der Rechtsschutz gegen die automatische Aberkennung der Gemeinnützigkeit aufgrund der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht sollte wiederhergestellt werden.

Empfehlung 3: Wer Freie Software, gemeinwohlorientierte Plattformen oder die dafür notwendigen Server- oder Netzwerkinfrastrukturen betreibt, entlastet andere gemeinnützige Vereine fundamental, und sollte auch als gemeinnützig nach § 52 Abs. 2 AO anerkannt werden. Mit der Anerkennung des Freifunks in Ziffer 23 ist ein Schritt dorthin getan. Zudem sollte es sachgerechte Sonderregeln bei der vorwiegend auf Konzerne gemünzten Plattformregulierung für den Betrieb solcher Infrastrukturen geben.

Thema 5 Freiwilligengewinnung durch offene Technologiebildung

Zentrale Erkenntnis: Damit Technologien aber nicht nur ohne Rücksicht auf ihre Konsequenzen eingesetzt werden, müssen Menschen aller Altersgruppen befähigt werden, sich selbstbestimmt und kritisch mit der Nutzung digitaler Medien und Technik auseinanderzusetzen. Diese offene Technologiebildung wird von Digital Ehrenamtlichen unterstützt, indem sie offene Lehr- und Lernmaterialien entwickeln, Workshops geben, erklären, ausprobieren und Technik auseinandernehmen. Es fehlt aber an einer sinnvollen Integration offener Technologiebildung in das Bildungssystem.

Empfehlung 1: Bestehende Ansätze wie die Initiative Digitale Bildung und die nationale Bildungsplattform sollten hauptsächlich auf offene Bildungsmaterialien (Open Educational Re-

sources) setzen. Dies sichert die Vielfalt der Materialien, da sich mehr Menschen an der Entwicklung beteiligen können, unterstützt dadurch auch die Zugangsgerechtigkeit zu Bildung und Wissen und kann die Aktualität von Lernmaterialien sicherstellen.

Empfehlung 2: Speziell im Bereich Jugendbildung braucht es eine nachhaltige und verlässliche Förderung von jugendlichem Engagement sowie pädagogischen und technisch geschultem Personal, das Jugendliche begleitet. Wir fordern daher, dass Fördermaßnahmen mehr auf bestehende, erfolgreiche Projekte setzen sollten, statt immer neue Modellprojekte zu starten. Nur so können haupt- und ehrenamtliches Engagement der digitalen Zivilgesellschaft langfristig gut ineinandergreifen.

Empfehlung 3: Für junge Menschen mit digitaler Expertise, die nach dem Schulabschluss einer gemeinwohlorientierten Tätigkeit nachgehen möchten, sollte es bundesweit das Angebot eines FSJ Digital geben. Die Modellprojekte zeigen den Bedarf, ebenso besteht eine Vielfalt möglicher Einsatzstellen.